

Pressemitteilung

20.04.2017

CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Vockert fordert konsequenten Umgang mit dem Wolf: Tötungen dürfen kein Tabu sein

Gegen eine Verharmlosung der vom Wolf ausgehenden Gefahren und für einen konsequenten Umgang mit diesem Raubtier hat sich die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Vockert ausgesprochen.

Und die Schiffdorferin fügt hinzu: „Konsequenz meint, dass die Schutzinteressen der Menschen und der Nutztiere an oberster Stelle stehen müssen.

Weil auch im Elbe-Weser-Raum immer häufiger Schafe und andere Weide- und Nutztiere von Wölfen gerissen werden, ist ein abgestimmtes Wolfsmanagement mit Obergrenzen und klar festgelegten Entnahmeregelungen notwendig“.

Niedersachsen benötige eine Obergrenze - angesichts einer Wolfspopulation von rund 80 Wölfen und einer jährlichen Steigerungsrate von mehr als 30 Prozent. Diese Obergrenze sei auch deshalb erforderlich, weil die Ausbreitung des Wolfes die heimische Landwirtschaft und Tierhaltung unter immer stärkeren Druck setze. Die gesellschaftlich gewünschte Weidetierhaltung werde erheblich erschwert – und das habe auch Auswirkungen auf Küstenschutz und Landschaftspflege.

Der Wolf als das größte Raubtier in Deutschland dürfe nicht verniedlicht werden, so Astrid Vockert. Grund: „Der Wolf mit seinem Gewicht von 40 bis 70 Kilogramm bei männlichen Exemplaren sowie 30 bis 50 Kilogramm bei Weibchen ist sehr wohl in der Lage, es mit dem Menschen aufzunehmen. Besonders gefährdet sind Kinder.“

Mindestens ein Tier aus jedem Rudel müsse mit einem Sender versehen werden, fordert Astrid Vockert. Gegebenenfalls müsse ein Rudel durch das Töten oder Wegnehmen eines Jungtieres verjagt werden – sofern es sich auffällig menschlichen Siedlungen nähere oder wiederholt Nutztiere reiße. Problemwölfe müssten sofort getötet oder eingefangen werden, konkretisiert die Christdemokratin.

Empört reagiert die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Vockert auf die Aussage des SPD-Landtagsabgeordneten Uwe Santjer (Nordsee-Zeitung vom 18.4.2017). „Er würde die Bedenken in Hannover ansprechen, könne aber nicht garantieren, dass sich etwas ändern werde. Was man auf jeden Fall brauche, seien flexible Lösungen für die Entschädigung von Nutztierhaltern.“

Astrid Vockert: „Das ist doch ein Armutszeugnis, welches er sich selber ausstellt. Und auf mögliche Entschädigungszahlungen des Landes bei Wolfsrissen hinzuweisen – die in der Praxis oft an Nachweisgrenzen und auf viel zu viel Bürokratie stoßen - , das reicht doch wirklich nicht aus.“

Fazit von Astrid Vockert: „Wer sich beim Thema Wolf auf die SPD-geführte Landesregierung und das Grünen-gelenkte Umweltministerium verlässt, der ist verlassen.“